

Chef vom Dienst:  
42 800/2971 (Durchwahl)  
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,  
Samstag 10 bis 17 Uhr,  
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,  
übrige Zeit: Tonband

# rathauskorrespondenz

gegründet 1861

# rk

Verlags- und Informationsdienst (MfR 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,  
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.  
Druck: Auf Recyclingpapier gedruckt

Mittwoch, 22. November 1989

Blatt 2641

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

#### Kommunal/Lokal:

- Rekord bei den Wiener E-Werken (2642)
- Grüner Bezirksrat mußte sich entschuldigen (2643)
- 10 Jahre Kinderdialyse im Wiener Allgemeinen Krankenhaus (2644)
- Polio: Alarmierend geringe Impfbeteiligung (2645)
- Häupl: Wien setzt auf die Müllvermeidung (2646)
- Instandsetzungsarbeiten im Laaerbergtunnel (2648)
- Hatzl: Nagelprobe für Grünpolitiker (2649-2651)
- Wiener Gemeinderat (2652-2660)
- Freitag Pressekonferenz Swoboda/Wentz (nur FS)

#### Bezirke:

- Anderung einer Flächenwidmung im 3. Bezirk (2648)

#### Kultur:

- Wiener Kulturbudget 1990: Steigerung um 297 Millionen (2647)

## **Rekord bei den Wiener E-Werken**

Wien, 22.11. (RK-KOMMUNAL) Am 20. November verzeichneten die Wiener E-Werke eine neue, absolute Leistungsspitze seit ihrem Bestehen sowohl bei Strom wie auch bei Fernwärme: Um 17.30 Uhr wurde die neue Höchstlast von 1.426 Megawatt erreicht. 1.030 Megawatt wurden durch die eigenen Kraftwerke der Wiener E-Werke erzeugt, 396 Megawatt trug die Verbundgesellschaft dazu bei. Gleichzeitig wurden aus den „Kraft-Wärme-Kupplungen“ der Wiener E-Werke zusätzlich 435 Megawatt Fernwärme an die Heizbetriebe Wien abgegeben.

Der Spitzenwert von Montag trat bei einer Außentemperatur von durchschnittlich plus drei Grad Celsius auf, bei tieferen Temperaturen ist im kommenden Winter mit neuerlichen Rekordwerten zu rechnen. (Schluß)  
roh/bs

## **Grüner Bezirksrat mußte sich entschuldigen**

Wien, 22.11. (RK-KOMMUNAL) Der Bezirksrat der Grünen Alternative Wien Franz FRANKE, der in einer Presseaussendung vom 6. Juli Stadtrat Johann HATZL als Verantwortlichen eines „Skandals um die Giftfracht der Petersberg“ und als „wichtigsten Handlanger der Müllmafia“ bezeichnet hatte, mußte dies nun in einer Ehrenerklärung mit dem Ausdruck des Bedauerns zurückziehen. Stadtrat Hatzl hatte wegen dieser Formulierungen Privatanklage eingebracht, Bezirksrat Franke in einer weiteren Presseaus-sendung gemeint, „er sehe den rechtlichen Schritten Hatzls gelassen entgegen“. Durch die Erklärung Frankes, daß er diese Ausdrücke nicht länger aufrecht erhalte, wurde nun das Verfahren vor dem Landesgericht für Strafsachen Wien eingestellt. (Schluß) roh/rr

## **10 Jahre Kinderdialyse im Wiener Allgemeinen Krankenhaus**

**Fast 10.000 Dialysebehandlungen**

Wien, 22.11. (RK-KOMMUNAL) Vor 10 Jahren eröffnete der Wiener Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER an der Universitäts-Kinderklinik im Wiener Allgemeinen Krankenhaus die damals — und bis heute — einzige Dialysestation in Österreich, die ausschließlich Kindern und Jugendlichen dient. Seither werden pro Jahr rund 1.000 Blutwäschen durchgeführt — demnächst wird die zehntausendste Dialysebehandlung erfolgen. Anlässlich des Jubiläums wird Freitag vormittag in der Eingangshalle der Kinderklinik eine kleine Ausstellung eröffnet.

Noch vor 20 Jahren war für Kinder und Jugendliche mit einem chronischen Nierenleiden keine Hilfe möglich. In den 70er Jahren begann man dann in Europa, für Kinder eigene Dialysestationen einzurichten. Diese spezialisierten Stationen brachten für die Kinder bessere Ergebnisse — sowohl in körperlicher Hinsicht wie auch bei der psychosozialen Rehabilitation. In Wien begann man vor einem Jahrzehnt mit zwei Dialysegeräten, heute stehen in der Kinderklinik vier Maschinen zur Verfügung. Mit zwei Dialyseapparaten können auch Hämofiltrationen und Plasmaseparationen, besondere Formen der Blutreinigung, vorgenommen werden.

In der Kinderdialysestation im AKH wurden bisher an 131 Kindern Dialysen nach einem akuten Nierenversagen durchgeführt, im chronischen Hämodialyseprogramm standen 38 Patienten, an sieben Kindern und Jugendlichen wurden kontinuierlich ambulante Peritonealdialysen (Bauchwäschen) vorgenommen. Zehn Patienten konnten noch vor Beginn einer Dialysebehandlung eine Niere von einem Verwandten erhalten.

Ziel der Behandlung im Kindesalter ist es, durch einen Nierentransplantation die Zeit der Dialyse so kurz wie möglich zu halten. Seit 1981 wurden an 42 Kindern Nierentransplantationen, zum Teil auch Zweittransplantationen, durchgeführt. 37 Kinder leben noch, 32 davon mit einer funktionierenden verpflanzten Niere.

Seit 1981 werden die Kinder, die eine neue Niere erhielten, an der Kinderdialysestation nachbetreut. Dabei ist die auf das entsprechende Alter abgestimmte Behandlung ebenso wichtig wie die psychosoziale Betreuung, zum Beispiel durch Vorlesen, Unterricht im Krankenhaus, Ergotherapie usw. Die Kinder sollen unbedingt die Schule und eine Berufsausbildung abschließen, um im Erwachsenenleben bestehen zu können. (Schluß)  
sc/gg

## **Polio: Alarmierend geringe Impfbeteiligung**

### **Bisher nur 2.700 Impfungen**

Wien, 22.11. (RK-KOMMUNAL) Die Wiener Bevölkerung ist offensichtlich „impfmüde“ geworden. So melden die Gesundheitsbehörden, die seit Jahren bisher geringste Frequenz an der alljährlich durchgeführten Impfkation gegen Kinderlähmung. Seit 13. November beteiligten sich in den Gesundheitsämtern nur insgesamt 2.731 Personen an dieser Schutzimpfung. Das ist — verglichen mit dem Vorjahr — ein Rückgang um 25 Prozent (!).

In Wien ist diese Impfung, im Gegensatz zu anderen Bundesländern, nicht nur für Kinder und Jugendliche, sondern auch für Erwachsene kostenlos.

### **Nur noch diese Woche Impfmöglichkeit**

Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER appelliert daher angesichts der alarmierend geringen Impfbeteiligung, an die Wienerinnen und Wiener, die nur noch diese Woche bestehenden Impfmöglichkeiten zu nützen. Geimpft wird noch kommenden Freitag, den 24. November in sämtlichen Bezirksgesundheitsämtern von 8.30 bis 11 Uhr. Außerdem gibt es in den Bezirksgesundheitsämtern im 2., 10., 13./14. und 18. Bezirk Impfmöglichkeiten morgen Donnerstag von 17 bis 19 Uhr sowie kommenden Samstag, den 25. November, von 9 bis 11 Uhr. (Schluß) zi/rr

## **Häupl: Wien setzt auf die Müllvermeidung**

**Entsorgungssicherheit muß gewährleistet sein**

Wien, 22.11. (RK-KOMMUNAL) Wien setzt auf die Abfallvermeidung! Deshalb lauten die Prämissen des Wiener Abfallwirtschaftskonzeptes auch Abfallvermeidung, Abfallverringerung, Wiederverwertung und Wiederverwendung, erklärte Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL am Mittwoch gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“.

Speziell die getrennte Müllsammlung kann als wesentlicher Wiener Beitrag zur Abfallverringerung und zur ökologischen Kreislaufwirtschaft angesehen werden. Durch das gut ausgebaute System von Mistplätzen, Problemstoffsammelstellen und Altstoffzentren sowie das Projekt Biotonne konnten bereits 1988 13 Prozent der gesamten Wiener Hausmüllmenge einer Wiederverwertung zugeführt werden. Um wirklich österreichweit den Abfallberg verringern zu können, ist allerdings ein strenges Bundesabfallwirtschaftsgesetz nötig, das Wirtschaft und Industrie zu Umweltinvestitionen veranlassen muß.

Unabhängig von allen nur erdenklichen Strategien zur Abfallvermeidung ist beim gegenwärtigen Müllaufkommen die Müllverbrennung — allerdings mit heutigem Stand der Technik und eingebettet in ein integriertes Abfallwirtschaftskonzept — zur Gewährleistung der Entsorgungssicherheit unerlässlich, betonte Häupl abschließend. (Schluß) du/rr

## Wiener Kulturbudget 1990: Steigerung um 297 Millionen

Wien, 23.11. (RK-KULTUR) Das Wiener Kulturbudget wurde um 297 Millionen angehoben. Das für 1990 veranschlagte Kulturbudget beträgt damit 1 Milliarde 294 Millionen Schilling. Das entspricht einer Erhöhung gegenüber dem Voranschlag 1989 von 29,8 Prozent bei einer Ausgabensteigerung des Gesamtbudgets von 1,8 Prozent. Das Kulturbudget nimmt damit 1,46 Prozent des gesamten Wiener Budgets ein. Im Vergleich dazu ist dieser Anteil 1989 bei 1,15 Prozent, 1988 bei 1,13 Prozent und 1987 bei 1,07 Prozent gelegen.

Die fast dreißigprozentige Erhöhung des Kulturbudgets kann als Zeichen des Aufbruchs gesehen werden, den die Kulturstadt Wien derzeit erlebt. Wien schafft damit — so Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK — die Grundlagen, seinen Status als eine der Kulturhauptstädte Europas in den kommenden Jahren nicht nur zu halten, sondern weiter auszubauen. Das in einer IFES-Studie vor kurzem festgestellte deutlich gesteigerte Kulturinteresse der österreichischen Bevölkerung und — damit korrespondierend — deutlich gestiegene Besucherzahlen bei den Festwochen 1989 und beim Wiener Musiksommer (22 Prozent), sowie das rapid steigende Interesse, das das Ausstellungswesen in Wien findet, zeigen ja bereits den Aufwärtstrend der Kulturstadt Wien an. Nun kann Wien daran gehen, auf die Anforderungen einer Metropole im Mittelpunkt eines neu geordneten Europas und auf die Zukunft als Weltausstellungsstadt entsprechend zu reagieren, eine international noch konkurrenzfähigere kulturelle Infrastruktur zu schaffen und sich als Kulturstadt zu präsentieren, die ihre Traditionen hütet, aber zugleich offen für alles Neue und Innovative, aufgeschlossen dem internationalen Kulturgeschehen ist. Konkrete Zukunftsaufgaben wie die Renovierung des Neugebäudes, die Adaptierung der Gasometer und die Beteiligung am Wiener Museumsquartier stehen dabei ebenso im Vordergrund wie die generelle Bereitschaft der Stadt, der Kultur — noch mehr als bisher — einen führenden Rang in der Prioritätenliste der kommunalen Aufgaben der Stadt einzuräumen. (Schluß) gab/gg

### **Änderung einer Flächenwidmung im 3. Bezirk**

Wien, 22.11. (RK-BEZIRKE) Für den Block Erdbergstraße, Apostelgasse, Hainburger Straße und Wassergasse im 3. Bezirk soll der Flächenwidmungs- und Bebauungsplan abgeändert werden (Plan Nr. 6155). Mehr als die Hälfte des Blockes ist im Eigentum der Firma Siemens, die den Standort Hainburger Straße aufläßt und den Betrieb in der Erdberger Lände konzentriert. Damit verbunden ist die Absiedlung eines derzeit an der Erdberger Lände gelegenen Einkaufszentrums, das im Plangebiet an der Erdbergstraße wieder errichtet werden soll.

Bei der Planung stehen folgende Ziele im Vordergrund: Abstimmung des Flächenwidmungsplanes auf die stadtstrukturelle Entwicklung des Bereiches (unter besonderer Berücksichtigung der Einrichtungen für Handel und Gewerbe), Vorsorge für die Errichtung von Wohnungen.

Der Entwurf liegt vom 23. November bis 21. Dezember, während der Amtsstunden (Montag bis Freitag zwischen 8 und 15.30 Uhr, am Donnerstag bis 17.30 Uhr) in der Magistratsabteilung 21, Wien 1, Rathausstraße 14-16, 2. Stock, zur öffentlichen Einsicht und Stellungnahme auf. (Schluß) end/bs

### **Instandsetzungsarbeiten im Laaerbergtunnel**

Wien, 22.11. (RK-KOMMUNAL) Im Laaerbergtunnel im Zuge der A 23/ Südosttangente sind verschiedene Instandsetzungsarbeiten wie Reparaturen an der Verkleidung und Erneuerungen von Abdichtungen notwendig geworden, die in nächster Zeit durchgeführt werden und mit Verkehrsbeschränkungen verbunden sind:

- In der Nacht von Donnerstag, 23. November, auf Freitag muß der Tunnel in der Zeit von 21 bis 5 Uhr früh in Fahrtrichtung Süden komplett gesperrt werden. Die Umleitung des Verkehrs wird über den Verteilerkreis Favoriten zurück zur Südosttangente erfolgen.
- Beginnend mit kommenden Montag, 27. November, werden für die Dauer von voraussichtlich zwei Wochen jeweils von Montag bis Freitag in der Zeit von 9 bis 15 Uhr (an den Freitagen bis etwa 12 Uhr) die Reparaturarbeiten vorgenommen, wodurch der erste Fahrstreifen im Tunnel jeweils während der Arbeitsstunden verkehrsfrei bleiben muß.

(Schluß) pz/rr

## **Hatzl: Nagelprobe für Grünpolitiker**

### **Spittelau geht in Betrieb, Flötzersteig wird eingereicht**

Wien, 22.11. (RK-KOMMUNAL) „Wir sind keine Fanatiker der Müllverbrennung“, sagte Energiestadtrat Johann HATZL einleitend in seiner heutigen Pressekonferenz zur Genehmigung des Probebetriebes beim Fernheizwerk Spittelau. „Das zeigt schon die Tatsache, daß es keine Bestrebungen zur Errichtung einer dritten oder vierten Müllverbrennungsanlage in Wien gibt, obwohl der Bedarf durchaus noch vorhanden wäre.“

Trotz aller Maßnahmen zur Müllvermeidung, Mülltrennung, Recycling oder Kompostierung bleibt die Müllverbrennung heute noch ein wesentlicher Bestandteil bei der Entsorgung des Hausmülls. Wir fühlen uns der Bevölkerung verantwortlich, sowohl hinsichtlich einer geregelten Müllentsorgung, als auch hinsichtlich der Verhinderung jeglicher Gesundheitsgefährdung durch die bei der Müllverbrennung entstehenden Emissionen. In dieser Hinsicht wird die Müllverbrennungsanlage Spittelau auch nach ihrer Wiederinbetriebnahme die sauberste der ganzen Welt sein. Wir vertrauen den österreichischen Wissenschaftlern, Technikern und Ärzten, die dies zustande gebracht oder durch Gutachten bestätigt haben.“

Bezüglich der Inbetriebnahme der Spittelau fühlt sich Stadtrat Hatzl auch durch die Umweltministerin bestätigt, mit der er Mittwoch vormittag ein Gespräch darüber führte. „Die Umweltministerin unterstützt diese Entscheidung, auch sie steht auf dem Standpunkt, daß heute Müllverbrennung unter allerbesten umwelttechnischen Voraussetzungen eine Notwendigkeit darstellt“, sagte Hatzl.

### **Flötzersteig: Sanierungsantrag vor 1. Dezember**

Zur Müllverbrennungsanlage Flötzersteig gab Stadtrat Hatzl bekannt, daß die Betreiberfirma noch im November beim Magistrat einen Sanierungsantrag gemäß Luftreinhaltegesetz einbringen wird. Durch die schon seit 1985 bestehende Rauchgasreinigungsanlage werden fast alle Grenzwerte des Luftreinhaltegesetzes auch jetzt schon eingehalten, Probleme gibt es im wesentlichen beim Dioxin und beim Staub. Hatzl dazu: „In fast allen europäischen Ländern wären wir mit den gemessenen Dioxinwerten von höchstens 1,7 Nanogramm pro Kubikmeter im erlaubten und also absolut ungefährlich deklarierten Bereich — in den meisten Ländern gibt es gar keine Dioxingrenzwerte. Wir werden aber durch Zusatzmaßnahmen innerhalb der gesetzlichen Fristen den strengsten Grenzwert der Welt von 0,1 Nanogramm einhalten können.“

Die im Luftreinhaltegesetz eingeräumte Frist von drei Jahren zur Nachbesserung von Altanlagen beginnt mit der Genehmigung des Sanierungsantrages durch die Behörde. Hatzl: „Das wird nun die Nagelprobe für alle Grüninitiativen und Grüne Parteien. Wenn sie durch Einsprüche das Genehmigungsverfahren wieder bis in die dritte Instanz — Wirtschaftsministerium — treiben, sind sie es, die den Beginn des Fristablaufes und damit die Sanierung der MVA Flötzersteig auf Jahre verzögern. Jeder ernstzunehmende Grünpolitiker müßte mich in dieser Situation voll unterstützen, will er nicht seine Glaubwürdigkeit verlieren.“

### **Zur Rücktrittsforderung der FPÖ**

Amüsiert nahm Stadtrat Hatzl bei der Pressekonferenz auch zur Rücktrittsforderung von FP-Gemeinderat Mag. Hilmar KABAS Stellung: „Wenn man die Fakten kennt, weiß man, daß er mich 'aus Umweltschutzgründen' zum Rücktritt auffordert, weil die Müllverbrennungsanlage Spittelau 1987 einige Monate mit Rauchgasreinigungsanlage anstatt ohne, wie es die formale Situation erlaubt hätte, betrieben wurde. Tatsächlich wurde ein formaler Fehler begangen, weil der für ein Jahr genehmigte Probebetrieb der Rauch-

gasreinigungsanlage aus technischen Gründen kurze Zeit fortgesetzt werden mußte, ohne daß neuerlich um Genehmigung angesucht wurde. Die zuständige Behörde hat aber selbst schriftlich mitgeteilt, daß dieser Formfehler nicht zu verfolgen sei, weil ein Abschalten der Rauchgasreinigung und damit ein ungereinigter Betrieb der MVA Spittelau — der keiner neuen Genehmigung bedurft hätte — der Bevölkerung nicht zumutbar gewesen wäre.“

### **Nach Brand modernste Rauchgasreinigung**

Am 15. Mai 1987 hat ein Großbrand die neue Rauchgaswäsche der Müllverbrennungsanlage im Fernheizwerk Spittelau sowie die beiden großen ölbefeuerten Spitzen- und Reservekessel zerstört.

Aufgrund der Notwendigkeit einer geregelten Müllentsorgung auf höchstem technischen Niveau in Wien wurde der umgehende Wiederaufbau der vernichteten Anlagen beschlossen. Von einer Inbetriebnahme ohne einer Rauchgaswäsche, die technisch und rechtlich wesentlich früher möglich gewesen wäre, wurde aus Umweltschutzgründen abgesehen.

Es erfolgte der Auftrag an die Heizbetriebe Wien, eine noch effektivere Rauchgaswäsche auf neuestem technischen Stand zu installieren. Erstmals auf der Welt wurde eine katalytische Entstickung (Denoxanlage) in eine Müllverbrennungsanlage eingebaut, von der man nun auch erwartet, daß sie durch den Wiederaufheizprozeß auch die Dioxinmissionen entscheidend verringert.

Seit 1987 wurden auch die Heißwasserkessel erneuert. Unter Berücksichtigung des steigenden Fernwärmebedarfes wurde deren Leistung auf 340 Megawatt ausgedehnt. Durch die Konstruktion der Kessel nach neuestem Stand des Wissens über die Schadstoffminimierung in Verbrennungsanlagen und durch Verwendung von Erdgas als Brennstoff werden die Emissionen trotz der gestiegenen Leistung in Zukunft wesentlich geringer als bei den durch den Brand zerstörten Heißwasserkessel sein. Damit können sämtliche Grenzwerte des Luftreinhaltegesetzes **für Neuanlagen** eingehalten werden.

**Auch bei der Müllverbrennungsanlage werden nach der Inbetriebnahme sämtliche Emissionswerte des Luftreinhaltegesetzes für Kesselanlagen eingehalten werden können. Nur beim Dioxinäquivalenzwert wird erst nach genauen Messungen während des Betriebes feststehen, ob noch zusätzlich Maßnahmen erforderlich sind.**

### **Gewerberechtliches Verfahren**

Für die Neuerrichtung der Anlage wurde noch im Dezember 1987 um gewerberechtliche Betriebsanlagengenehmigung angesucht. Nach positiven Bescheiden in 1. und 2. Instanz, die jedoch infolge von Parteieinsprüchen nicht in Rechtskraft erwachsen sind, wurde das Verfahren in der 3. und letzten Instanz, dem Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten, abgewickelt. Obwohl die Anlage bereits Ende Mai 1989 betriebsbereit war, konnte sie nicht in Betrieb gehen, da das Verfahren im Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten alleine mehr als 14 Monate beansprucht hatte. Nun wurde der Bescheid mit Datum 17. November 1989 erteilt.

Die wesentlichen Bescheidaufgaben sind:

Die Emissionen von Staub, SO<sub>2</sub>, NO<sub>x</sub>, HCl und Restkohlenstoff im Reingas sowie O<sub>2</sub>, CO und CO<sub>2</sub> im Rohgas sind kontinuierlich registrierend zu messen und diese Meßwerte sind mittels Datenerfassungseinrichtung direkt an das Wiener Luftmeßnetz der MA 22 zu übermitteln.

Von der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik sind täglich zwischen 1. Oktober und 31. März Wetterbulletins einzuholen, die Tempe-

Forts. von Blatt 2649

Forts. auf Blatt 2651

ratur, Inversionen, Inversionsneigungen, Windgeschwindigkeiten und Windrichtungen beinhalten. Bei Eintritt gewisser Wettersituationen ist sodann festzustellen, ob bei den Immissionsmeßstellen der MA 22 „Hohe Warte“, „Schafbergbad“ und „Stephansplatz — Kerzenkammer“ erhöhte  $\text{SO}_2$ -Konzentrationen auftreten. Sollte dies der Fall sein, ist das Magistratische Bezirksamt für den 9. Bezirk hievon zu verständigen, über dessen Anordnung der Betrieb auf schadstoffärmere Brennstoffe umzustellen bzw. einzuschränken oder einzustellen ist.

Die bei der Müllverbrennung anfallenden Reststoffe wie Filterkuchen, Filterasche und Schlacke sind folgendermaßen zu entsorgen:

Der Filterkuchen ist — obwohl seine Eluationswerte der Deponieklasse III (Hausmülldeponie) entsprechen — in „big bags“ wie gefährlicher Sonderabfall zu entsorgen. Dies bedeutet, da in Österreich keine Deponie für diesen Sonderabfall vorhanden ist, daß der Filterkuchen exportiert werden muß. Es handelt sich dabei um eine Menge von 1.500 Tonnen pro Jahr.

Die Filterasche wird befeuchtet und mit der Schlacke vermischt, wobei von diesem Gemisch bis zur Inbetriebnahme der Denoxanlage wöchentlich, danach monatlich, das Eluatverhalten festgestellt werden muß. Liegen die Eluatwerte innerhalb der Grenzwerte für die Deponieklasse III, darf das Schlacke-Asche-Gemisch auf einer Deponie der Deponieklasse III (Hausmülldeponie) abgelagert werden. Der Transport des Schlacke-Asche-Gemisches hat mittels abgedeckter Fahrzeuge zu erfolgen.

#### **Vorgangsweise bei Inbetriebnahme**

Am Donnerstag, dem 23. November 1989, beginnt das Ausheizen der beiden Müllkessel mittels Erdgas und die Reinigung der Rohrleitungen mit Dampf. Dabei wird der zur Reinigung verwendete Dampf zeitweise über einen Schalldämpfer ins Freie abgeführt. Dabei kann es kurzfristig zu Lärmentwicklung kommen. Gleichzeitig ist vorgesehen, ebenfalls mittels Erdgasbrennern, die Katalysatorenboxen auszuheizen.

Diese Maßnahmen werden voraussichtlich am Dienstag, dem 28. November 1989 abgeschlossen sein. An den beiden folgenden Tagen werden die Katalysatoren-Elemente eingebaut. Während dieser Zeit kann bei den Müllkesseln kein Feuerungsbetrieb stattfinden.

In den ersten Dezembertagen soll der Müllbetrieb aufgenommen werden.

Während der ersten vier bis sechs Wochen nach der Inbetriebnahme der Müllverbrennung wird die Rauchgasreinigung erprobt und justiert. Nach Erreichen sämtlicher Emissionsgrenzwerte — ausgenommen Stickoxide und Dioxine — wird die Entstickungsanlage zugeschaltet.

Die beiden Heißwasserkessel werden voraussichtlich in der kommenden Woche mit Erdgas den Betrieb aufnehmen.

Für die gesamte Anlage ist ein einjähriger Probetrieb vorgesehen, nach dessen positiver Durchführung um die endgültige Betriebsbewilligung eingereicht wird. Da die Emissionsmessungen bezüglich der Einhaltung sämtlicher gesetzlicher Werte frühestens im Februar 1990 durchgeführt werden können und deren Auswertung vier bis sechs Wochen in Anspruch nimmt, wird vorbeugend entsprechend der Sanierungspflicht gemäß Luftreinhaltegesetz noch im Dezember 1989 ein Sanierungsantrag zwecks dioxinmindernder Maßnahmen mittels Aktivkohlefilter gestellt werden. Der Einbau dieser Filter, sofern er nach Vorliegen der Meßergebnisse überhaupt notwendig ist, kann allerdings erst nach einem rechtsgültigen Bescheid für die Sanierung erfolgen. (Schluß) roh/bs

## Wiener Gemeinderat

### Tatsächliche Berichtigung

Wien, 22.11. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Gemeinderat setzte Mittwoch seine am Vorabend unterbrochene Sitzung fort. Zu Beginn der Sitzung meldete sich Bürgermeister Dr. Helmut ZILK mit einer TATSÄCHLICHEN BERICHTIGUNG zu Wort.

In der gestrigen Fragestunde habe GR Mag. KAUER (ÖVP) einen Artikel des Nachrichtenmagazins „Profil“ nicht korrekt wiedergegeben. Der Innenminister hätte im übrigen gar nicht die Weisung geben können, den Schriftsteller IRVING zu verhaften. Dies wäre in der Kompetenz des Justizministers gelegen. Zur Aussage, Polizeipräsident Bögl hätte veranlassen können, Irving bei seiner Ankunft auf dem Flughafen Schwechat zu verhaften, stellte Zilk fest, Schwechat liege bekanntlich in Niederösterreich, und eine solche Handlung wäre daher von niederösterreichischer Seite zu setzen gewesen.

### Personal

Er hätte erwartet, daß der zuständige Stadtrat irgendeinen Akzent in Richtung Verwaltungsreform und modernes Verwaltungsmanagement setzen würde, sagte GR Mag. KABAS (FPÖ) zu Beginn seiner Wortmeldung. Dies sei aber leider nicht geschehen. Dabei gelte es, wichtige Probleme zu lösen, etwa von der Parteibuchwirtschaft wegzukommen und sich mit Personaleinsparungen zu beschäftigen. Kabas sprach sich in diesem Zusammenhang für das „Kärntner Modell“ aus. Zur Diskussion um die Einführung einer 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich sagte er, diese Forderung werde immer wieder erhoben, obwohl sie einen weiteren Wettbewerbsnachteil unserer exportorientierten Wirtschaft bringen würde.

GR Mag. KARL (ÖVP) befaßte sich mit der Suspendierung des Lainzer Primarius Dr. Pesendorfer. Eigentlich sei es Pesendorfer gewesen, der die Mordserie auffliegen ließ und schon früher hätte auffliegen lassen, wenn seinen Hinweisen nachdrücklich nachgegangen worden wäre. Die Suspendierung sei von Zilk ausgesprochen worden, und dies habe einen de facto-Druck auf die Disziplinarkommission bedeutet. Warum konnte die Suspendierung nicht nach der Einstellung des Disziplinarverfahrens durch die Disziplinarkommission aufgehoben werden? Jedenfalls sollte jetzt die Disziplinarioberkommission rasch zu einer Entscheidung kommen. Das sei auch eine Frage der Menschlichkeit.

Die Stadtverfassung enthalte Bestimmungen, die wenig bürgerfreundlich sind, und auch Ungereimtheiten. So sei wohl die Frist für die Einberufung von Sitzungen geregelt, nicht jedoch der Zeitraum bis zum Zustandekommen der Sitzung von Gemeinderatsausschüssen. Ähnlich sei die Situation auch auf Bezirksebene, sagte Mag. Karl. Den Meidlinger Bezirksvorsteher Ing. Neiger bezeichnete er als „Bezirksdespoten“, weil dieser ihn an der Einsichtnahme in ein Geschäftstück gehindert habe, das Bestandteil eines Protokolls über eine Bezirksvertretungssitzung gewesen sei. Für die Formulierung „Bezirksdespot“ wurde ihm vom GR-Vorsitzenden OUTOLNY (SPÖ) ein Ordnungsruf erteilt.

Abschließend befaßte sich Karl mit der direkten Demokratie und bemerkte, er könne sich des Eindrucks nicht erwehren, daß sich die SPÖ augenscheinlich vor dem Volk fürchte. Anders sei es nicht zu verstehen, daß sie bei der Volksbefragung über den „8er“ hinhaltenden Widerstand leiste. „Der 8er muß wieder fahren, weil das Recht vom Volk ausgeht“, schloß Mag. Karl.

GR Ing. SVOBODA (SPÖ) meldete sich zu einer tatsächlichen Berichtigung. Bezirksvorsteher NEIGER habe GR Ing. KARL nicht, wie dieser behauptet hatte, die Einsicht in das Protokoll verweigert, sondern in einen Akt,

Forts. von Blatt 2652

der nicht Bestandteil des Protokolls gewesen sei. Damit habe Neiger keineswegs entgegen der Stadtverfassung gehandelt.

GR SCHIEL wies auf die außerordentliche Aufstockung der Dienstposten in den Wiener Spitälern um 1.895 Plätze im Jahr 1990 hin. Damit gibt es im AKH und in den übrigen Wiener Krankenanstalten und Pflegeheimen 24.314 Dienstposten. Dies sei jedoch nur die Fortführung einer kontinuierlichen Erhöhung in diesem Bereich seit den frühen 70er Jahren. Auch mit der Ausbildung von derzeit 1.500 SchülerInnen im Bereich des Pflegepersonals liege Wien in Österreich an der Spitze. Schiel verwies auch darauf, daß auf 100 Betten in Wiener Spitälern 30 Ärzte und 78 Pflegepersonen entfallen. Schließlich sprach sich Schiel für die Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte in Wien, aber gegen die völlige Liberalisierung des Arbeitsmarktes aus, da diese eine Aushöhlung des sozialen Arbeitsrechtes bedeuten würde.

StR. Komm.-Rat NEUSSER (ÖVP) berichtete von dem Versuch des Wiener Gewerbehause, die beim Arbeitsamt gemeldeten österreichischen Arbeitslosen zweier Berufsgruppen, der Friseure sowie der Hafner und Fliesenleger, zu vermitteln. Der Versuch bei den Friseuren ist noch nicht abgeschlossen, doch zeichnet sich schon ab, daß nur ein geringer Prozentsatz vermittelt werden kann. Bei den Hafnern und Fliesenlegern waren 35 Prozent schwer zu vermitteln, da körperlich oder geistig behindert. Von den 50 Prozent Vorgemerkten, die arbeitsfähig waren, wollten nur zwei wirklich arbeiten. Neusser kündigte an, aufgrund dieser Versuche Vorschläge ausarbeiten zu lassen.

GR FÜRST (ÖVP) konstatierte ein Sicherheitsproblem in Wien. Im letzten Jahr sei es zu einer beängstigenden Zunahme der Kriminalität in Wien gekommen. Es mangle aber an sicherheitspolitischen Konsequenzen. Fürst warnte davor, erst immer nach einer Katastrophe die notwendigen Verbesserungsmaßnahmen durchzuführen, wie es beim Einsturz der Reichsbrücke oder der Mordserie im Krankenhaus Lainz passiert sei. Das Sicherheitsproblem in Wien sei im wesentlichen ein Personalproblem bei der Polizei. Durch Arbeitszeitverkürzungen, Urlaubsverlängerungen usw. seien die Einsatzstunden der Wiener Polizei in den letzten 25 Jahren um ein Drittel zurückgegangen. Der Dienstpostenplan des Innenministers für 1990 sehe um 150 Posten mehr bei der Polizei vor, dabei sei aber nur ein Posten für Wien. Die Stadt Wien dürfe sich dies nicht bieten lassen. Weiters erinnerte Fürst daran, daß in den nächsten Jahren mit der Öffnung der Ostgrenzen, der Weltausstellung und da Wien insgesamt attraktiver werde, mit zusätzlichen Problemen zu rechnen sei.

Stadtrat Dr. Hannes SWOBODA (SPÖ) bezweifelte die von GR Fürst genannte niedrige Aufklärungsquote bei Vergehen und Verbrechen, wenngleich die Steigerungsrate auch ihn besorgt mache. Man könne auch nicht von einer gefängnislosen Gesellschaft sprechen, da Österreich von allen europäischen Ländern, mit Ausnahme Großbritanniens, die höchste Zahl von Strafgefangenen bezogen auf die Bevölkerungszahl aufzuweisen habe.

Zu den Behauptungen über Parteibuchwirtschaft verlangte Swoboda konkrete Angaben seitens der Oppositionsparteien. Man dürfe nicht Behauptungen in den Raum stellen, ohne Belege vorzuweisen.

Zum Fall Pesendorfer, den GR Mag. KARL erneut angesprochen hatte, stellte Swoboda fest, nach seiner persönlichen Meinung sei Pesendorfer als Abteilungsleiter nicht voll den Erwartungen und dem in ihn gesetzten Vertrauen gerecht geworden.

Die Disziplinaroberkommission werde nun völlig unabhängig von der Stadtverwaltung ihre Entscheidung treffen. Seiner Kenntnis nach werde diese Kommission Ende des Monats zusammentreten.

Die Beschäftigung Behinderter in der Stadtverwaltung sei ein weiteres Ziel der Personalpolitik. Bei den Arbeitsämtern sind derzeit etwas mehr als 900

Forts. auf Blatt 2654

Behinderte arbeitslos gemeldet, ein Teil von ihnen wird bei der Stadtverwaltung beschäftigt werden. 1981 waren 50 Behinderte beschäftigt, Ende des Vormonats bereits fast 350.

### **Umwelt, Freizeit und Sport**

GR Mag. KABAS (FPÖ) erklärte StR. HATZL habe nach Auslaufen der befristeten Betriebsbewilligung der Rauchgasreinigung Anfang 1987 bis zum Mai 1987, dem Zeitpunkt, zu dem die Spittelau durch einen Brand außer Betrieb gesetzt worden ist, verheimlicht, daß die MVA widerrechtlich in Betrieb sei. Aus diesem Grund, so Kabas, fordere die FPÖ den Rücktritt des Stadtrates für Verkehr und Energie. Die Spittelau dürfe auch nicht als sogenannte Altanlage im Sinne des Luftreinhaltegesetzes in Betrieb gehen, sondern erst dann den Dauerbetrieb aufnehmen, wenn die Grenzwerte des Luftreinhaltegesetzes und nicht nur die Übergangswerte eingehalten werden können. Das gleiche gelte für die EBS und die Müllverbrennungsanlage Flötzersteig.

Kabas beantragte, daß die Geschäftsgruppe Umwelt, Freizeit und Sport mit den Vorbereitungsarbeiten für eine separierte Sammlung von Kunststoffen beginne. Für eine Lagerung dieser Kunststoffe bis zum Zeitpunkt einer Wiederverwertung sei, forderte Kabas in seinem ANTRAG, ebenfalls umgehend Vorkehrung zu treffen. Ein weiterer BESCHLUSSANTRAG befaßte sich mit der Sammlung von organischen Reststoffen, getrennt vom übrigen Müll, um diese einer umweltgerechten Verwertung, z.B. Kompostierung, zuzuführen.

Das Sportbudget sei von beträchtlichen Mitteln zur Sanierung von Sportstätten gekennzeichnet, es werde zu wenig für den Breitensport getan, sagte GR Dr. NEUBERT (ÖVP). Als Beispiele, wo durch Fehler Sanierungsmaßnahmen dringend nötig seien, nannte er das Stadionbad, das Hanappi-Stadion und das Dusika-Hallenstadion. Er kritisierte, daß in vielen Fällen Arbeiten zum Nachteil von Jugendlichen verspätet begonnen wurden, etwa beim Garderobengebäude Wienerbergplatz. Dort habe man deshalb sogar einen Garderobentainer aufstellen müssen. Neubert forderte deutlich mehr finanzielle Mittel für Sportvereine. Überhaupt müsse dem Sport ein höherer Stellenwert eingeräumt werden.

Wie Dr. Neubert weiter ausführte, werde auch der Zivilschutz vernachlässigt. Es fehlten finanzielle Mittel für ein Frühwarn- und Alarmsystem, was geschehe, sei eine reine Alibihandlung. Die Bevölkerung könne damit nichts anfangen, er vermisse Information und Öffentlichkeitsarbeit. Niederösterreich stelle vergleichsweise wesentlich mehr finanzielle Mittel bereit. Es mache ihn betroffen, wie sorglos man mit der Bevölkerung umgehe — die SPÖ habe im Bereich des Zivilschutzes versagt.

GR Brunhilde FUCHS (SPÖ) erklärte, die sozialistische Umweltpolitik trage dafür Sorge, daß alle Aspekte des Umweltschutzes bei den Problemlösungen berücksichtigt werden. Vor kurzem konnte das Abfallwirtschaftskonzept präsentiert werden und fand Anerkennung bei einem internationalen Kongreß. Brunhilde Fuchs berichtete über die Modernisierung des Wiener Luftmeßsystems und die Schadenserhebung beim Wienerwald, die aufgrund eines Forschungsauftrages Umsetzungsstrategien ermöglichen werde. Mit der jetzt fertiggestellten Biotopkartierung werde ein wichtiger Beitrag für die Stadtentwicklungsplanung und eine Bewußtseinsbildung für die Bevölkerung geleistet. Auf dem Wienerberg werden auf 100.000 Quadratmetern tausende Bäume und Sträucher gepflanzt und damit der Wald- und Wiesengürtel in diesem Bereich geschlossen. Einer der neuesten Radwege verbindet den Süden Wiens über das Liesingtal mit der Donau. Das Sommerbad Simmering wird fertiggestellt werden, beim Gänsehäufel, beim Laaerberg-, beim Diana- und beim Stadthallenbad werden Erhaltungs- und Sanierungsarbeiten durchgeführt, das Stadion-

Forts. von Blatt 2653

Forts. auf Blatt 2655

Forts. von Blatt 2654

bad wird in den nächsten drei Jahren um 150 Millionen saniert. Der gute Zustand der Wiener Sportanlagen sei die Grundlage dafür, daß hier immer wieder Europa- und Weltmeisterschaften abgehalten werden können. Im Sommer 1991 werden auf der Neuen Donau Kanu- und Ruderweltmeisterschaften stattfinden. Die dafür umweltschonend errichteten Gebäude werden künftig dem Wassersport zur Verfügung stehen. Im 22. Bezirk wird bis zum Jahr 1993 eine neue Eishalle errichtet.

Das kürzlich vorgestellte Warn- und Alarmsystem für den Zivilschutz sei ein erster, wichtiger Schritt. Brunhilde Fuchs wies den Vorwurf zu geringer Information der Bevölkerung zurück. Man könne die Menschen nicht zwangsbeglücken, doch sollen die Informationen weiter verstärkt werden.

GR Dr. HAWLIK (ÖVP) kritisierte die Erhöhung der Wasser- und Müllgebühren in Wien als auch ökologisch nicht gerechtfertigt. Die laufenden Gebührenerhöhungen im Entsorgungsbereich dienten nicht der Verbesserung der Umwelt, sondern der Abdeckung alter Fehler vom Rinterzelt bis zur nicht entsprechend funktionierenden Müllverbrennung. Generell, so Hawlik, vermisse er in Wien eine ökologische Planung in Ergänzung zur Flächenwidmung, Ökobilanzen mit der Auflistung der getroffenen Maßnahmen und deren Wirksamkeit sowie die Ausrichtung des Steuersystems auf umweltwirksame Lenkungssteuern. Abschließend kritisierte der Redner, daß die SPÖ den Bürgerinitiativen gegenüber zuwenig gesprächsbereit sei und damit undemokratisch agiere.

Die Wassergebühren werden angehoben, um damit die hohe Qualität des Wiener Wassers zu sichern und das Wasserleitungsnetz auszubauen bzw. zu erneuern, erklärte GR BRIX (SPÖ). Die tatsächliche tägliche Mehrbelastung betrage etwa bei einer Substandardwohnung 10 Groschen, bei einer Mittelwohnung 35 Groschen, bei einem Einfamilienhaus 60 Groschen.

Auch die Mehreinnahmen bei den Müllgebühren in der Höhe von 130 Millionen sind zweckgebunden. So fließen 80 Millionen der Wiener Altlastensanierung zu, die restlichen 50 Millionen müssen dem ÖKO-Fonds des Bundes zur Verfügung gestellt werden. Brix warf der ÖVP eine Politik der Verunsicherung der Bevölkerung vor, die der Stimmenhascherei diene. Im internationalen Vergleich der Städte stehe Wien sehr gut da. Weiters verlangte Brix ein bundeseinheitliches Pfandsystem für Dosen, Einwegglas und Batterien.

Stadtrat Dr. HÄUPL (SPÖ) ging auf die Sanierung der Rundturnhallen ein. Spritzasbest sei seinerzeit mit bestem Wissen zum Brandschutz verwendet worden, heute wissen wir, daß derartige Anlagen saniert werden müssen.

Der Luftbericht 1988 stelle fest, daß die Kraftfahrzeuge einen großen Anteil an der Schadstoffemission tragen. Zur Emissions- und Lärmreduktion seien Bundesgesetze nötig. Wien habe dazu ein Paket von Vorschlägen erarbeitet.

Zum Thema Abfallwirtschaft stellte Dr. Häupl fest, daß die Abfallvermeidung einen hohen Stellenwert habe. Aber auch hier gebe es Schwierigkeiten, wie etwa bei der Verwirklichung eines bundeseinheitlichen Pfandsystems. Es fehlen noch Instrumentarien, und Häupl belegte dies am Beispiel der Altbatterien: Auf freiwilliger Basis werde derzeit eine Rücklaufquote von 50 Prozent erreicht, für ein kostendeckendes Recycling wäre aber eine Rücklaufquote von 80 Prozent nötig, um die Kreislaufwirtschaft realisieren zu können.

Die getrennte Müllsammlung in Wien habe sich sehr bewährt. In die integrierte Abfallwirtschaft muß alles einbezogen werden, Müllverbrennung und Deponien seien unerläßlich. Auch das Forum der österreichischen Wissenschaftler gehe davon aus, daß die thermischen Verfahren mit definierten Bedingungen erforderlich seien. „Wer gegen Müllverbrennungsanlagen auftritt, handelt ökologisch und ökonomisch falsch, sagte der Umweltstadtrat.“

Forts. auf Blatt 2656

Stadtrat Häupl definierte seine ökologische Grundhaltung: Frieden mit der Natur — nicht Frieden durch Angst. Es gehe um eine neue Aufklärung mit aller Offenheit und darum, an die Vernunft und nicht an die Angst der Menschen zu appellieren.

### Kultur

Das Kulturbudget 1990 sei, sagte GR GINTERSDORFER (FPÖ), im Vergleich zu 1989 um 33,87 Prozent gestiegen, das heißt von 876,8 Millionen auf 1,173 Milliarden. 83,8 Prozent Steigerung, ein Plus von über 200 Millionen Schilling, sei im Bereich Förderung der Darstellenden Kunst — Theater zu verzeichnen. Rund 250 Millionen Schilling würden — im nächsten Jahr im Gegensatz zu etwa 130 Millionen im heurigen — für die Theater aufgewendet. Schwerpunkt seien die Vereinigten Bühnen Wien. Es stelle sich die Frage, kritisierte Gintersdorfer, wie es mit dem Ronacher, dem Raimundtheater und dem Theater an der Wien weitergehe und ob es Aufgabe der öffentlichen Hand sei, derartig hohe Subventionen für ein weltweit gewinnbringendes Kommerztheater wie das Musicaltheater zu investieren. Gintersdorfer regte im Bereich der Bezirkskulturaktivitäten wesentliche Verbesserungen und Koordinationsmaßnahmen sowie eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit für diesen wichtigen Bereich der Kulturarbeit an. Dazu müßten aber, sagte Gintersdorfer, die Bezirksmuseen, deren Ansatz von 1989 auf 1990 mit 2,1 Millionen Schilling gleichgeblieben sei, besser dotiert werden und ein Raumkonzept erstellt werden. Die Bezirkskulturarbeit solle ausgeweitet und überparteilich durchgeführt werden. Gintersdorfer kritisierte die Streichung der Förderung für Sommertheater, die nicht allein Sache des Fremdenverkehrsverbandes sein könne.

Man müsse sich die Zahlen des Budgetvoranschlages genau durchlesen und mit vergangenen Jahren vergleichen, sagte GR Mag. KAUER (ÖVP). So sei in einigen Bereichen zwar für 1990 mehr Geld als 1989 vorhanden, weniger dagegen als im Rechnungsabschluß 1988 nachgewiesen. Er habe sich ausgerechnet, wieviel Geld die Stadt Wien pro Tag und pro Einwohner für Kultur auszugeben bereit ist: Es seien 2,10 Schilling. Dies sei, genauso wie der Anteil von 1,3 Prozent, der im Budget für Kultur vorgesehen ist, entschieden zu wenig.

Kauer kritisierte, daß Budgetsteigerungen so gut wie ausschließlich großen Kulturorganisationen zugute kommen. Dieses „Zentralveranstaltungs-konzept“ stehe im Gegensatz zu den meisten vergleichbaren Städten. Er regte eine Neuorientierung der Kulturpolitik an, Ziel sei echte Kulturautonomie der Bezirke mit der Zurverfügungstellung finanzieller Mittel. Nach welchem Schlüssel auch immer dabei vorgegangen werde, der Betrag sollte mindestens 10 Schilling pro Jahr und pro Kopf betragen. Die derzeitigen 30.000 bis 40.000 Schilling pro Bezirk seien nicht ausreichend und eine Kulturschande.

Kauer regte eine wesentliche Erhöhung des Kulturbudgets an, wie sie auch vom österreichischen Städtetag empfohlen worden sei. Damit könnten Löcher gestopft werden. Als Beispiele nannte er einen Auftragsschub an Künstler, notwendige Restaurierungen des Stadtbildes, und Entschuldungsaktionen für Wiener Kleinbühnen. Er sprach die Hoffnung aus, daß Budgetansätze künftig durchberaten und auch verändert werden, sich die „Spielregeln“ weiterentwickeln. Abschließend dankte er Präsidentin STIEHL für ihre geleistete Arbeit und das gute Klima im Volksbildungswerk.

GR Gertrude STIEHL (SPÖ) nahm ihre letzte Rede im Gemeinderat, ehe sie in den Ruhestand tritt, zum Anlaß, sich vehement für die Förderung und Unterstützung der Basiskultur einzusetzen. Kultur dürfe kein Luxus und kein Privileg bestimmter Schichten sein, sondern tägliches Brot für alle, denn erst Kultur gebe dem Leben Sinn. Man müsse dem einzelnen helfen, den Reichtum der Kultur zu erschließen. Kultur ist Lebenshilfe, Lebensmittel, Überlebensmittel, formulierte Gertrude Stiehl. Der Bürger dürfe nicht

Forts. von Blatt 2655

Forts. auf Blatt 2657

Forts. von Blatt 2656

nur Publikum sein. Derzeit sei es eine dünne Schicht von Menschen, die das Kulturangebot nützt. Aber was ist mit den anderen, die eine sinnvolle Gestaltung des Lebens suchen? Das Volksbildungswerk mit seiner Ringgalerie beispielsweise öffne unbekanntem Autodidakten die Möglichkeit der Selbstpräsentation, wobei diese von anderen lernen und sich daraus weiterentwickeln können. Wie hier ist die persönliche Beteiligung auch in vielen anderen Kulturbereichen entscheidend für das Kulturerleben der Menschen. Verbände und Gruppen würden als Kulturträger oft viel zu wenig beachtet. Sie jedoch gingen von den Bedürfnissen des jeweiligen Stadtteils aus, ermöglichen dem Menschen Kreativität und förderten bei der Bevölkerung das Interesse. Basiskultur sei mehr als Kunst von oben herab. Örtlich gewachsene Aktivitäten müssen unterstützt, Kreativität gefördert werden. Die Forderung nach „mehr Qualität statt Quantität“ dürfe bei der Basiskultur nicht gelten, denn sie wäre ein Druckmittel. Wichtig für die Basiskultur seien die Mitmachaktionen. Amateure könnten keine Spitzenleistungen erbringen. Von ihnen könne man nicht Professionalität und die Qualität der „Hochkultur“ verlangen, denn daran würde die Basiskultur scheitern. Zu begrüßen sei die neugeschaffene Beratungsstelle für Kulturarbeit, die allerdings ihre Aufgabe im Auge behalten und nicht zu einer Wertungskommission werden dürfe. Sie bitte alle, mehr Wert auf die Basiskultur zu legen, um damit die Entfaltung der Menschen zu ermöglichen und zu fördern. Sie werde ihren Vorsitz im Volksbildungswerk zurücklegen, kündigte Gertrude Stiehl an, weil sie der Meinung sei, daß nur ein aktiver Politiker eine wirkungsvolle Vertretung für diese Anliegen gewährleisten kann. Sie schloß mit dem Dank an die Mitarbeiter der Stadtverwaltung, die sie in den 16 Jahren ihrer Tätigkeit im Gemeinderat unterstützt haben, den Dank an die Opposition für vielfach bewiesenes Verständnis und an ihre eigene Fraktion für die gute Zusammenarbeit.

GR Maria RAUCH-KALLAT (ÖVP) forderte die verstärkte Förderung von Künstlerinnen. Noch immer seien Frauen, die sich einem künstlerischen Beruf widmen, durch Doppelbelastung, fehlende Unterstützung und fehlende Öffentlichkeit benachteiligt und vor allem in führenden Positionen im Kulturbetrieb unterrepräsentiert. Wie erfolgreich Frauen in entsprechenden Positionen sein können, sei am Beispiel Emmy Werners als Volkstheaterdirektorin zu sehen. Rauch-Kallat forderte die gezielte Förderung von Frauen etwa in den Bereichen Literatur und Bildende Kunst durch spezielle Stipendien und auch weitere Anpassungen der Parität in der Zusammensetzung von Jurys für Preise der Stadt Wien. Es sei zwar bereits einiges in diesem Bereich geschehen, doch müsse man weiterhin das Ziel verfolgen, den Frauen in Kunst und Kultur zur Gleichberechtigung zu verhelfen.

Das Wiener Kulturbudget greift in viele Bereiche des Lebens ein und dient den Bürgern dieser Stadt, den Gästen aus den Bundesländern und auch aus dem Ausland, erklärte GR HANKE (SPÖ). Das Budget sei um ein Drittel angestiegen und überschreite erstmals die 1-Milliarden-Traumgrenze. Wien brauche keinen Vergleich zu scheuen. So habe etwa das Land Oberösterreich mit 1,27 Millionen Einwohnern nur ein Kulturbudget von 665 Millionen jährlich.

Wenn eine Untersuchung des Unterrichtsministeriums feststellt, daß 28 Prozent mehr Österreicher in Ausstellungen gehen, 13 Prozent mehr in Konzerte und zwölf Prozent mehr in Theater, so basieren diese Erfolge in der Kulturarbeit zum großen Teil auf Leistungen Wiens, betonte GR Hanke. Die Festwochen bilanzieren künstlerisch und finanziell erfolgreich, ebenso der Musiksommer und die Vereinigten Bühnen. Dies seien Beispiele für gutes Kunst- und Kulturmarketing, meinte Hanke. Auch das Theater ist in Wien stark im Aufwind, wie etwa das Theater der Jugend, das Volkstheater oder die Josefstadt.

Forts. auf Blatt 2658

Forts. von Blatt 2657

Sie freue sich, sagte Stadträtin Dr. Ursula PASTERK (SPÖ), daß die grundsätzlichen Vorstellungen einer Kulturpolitik für Wien im Gemeinderat außer Streit stehen. Die Teilnahme der Bevölkerung an den Kultureinrichtungen und Kulturveranstaltungen sei deutlich gestiegen. Waren 1985 nur 25 Prozent der Bevölkerung Theaterbesucher, so waren es 1989 bereits 36 Prozent. Der Anteil der Konzertbesucher hat sich in den letzten zehn Jahren verdoppelt, und in Wien geht bereits mehr als die Hälfte der Bevölkerung ins Museum. Pasterk verwies insbesondere auf die Besucherrekorde der Ausstellungen des Historischen Museums und der Wiener Festwochen.

Neben der Bewahrung der großen Tradition Wiens dürfe aber die Zukunft nicht außer acht gelassen werden. Zu ihren leitenden Überlegungen gehöre es, den produzierenden Künstlern gegenüber den reproduzierenden Künstlern immer mehr Gewicht im Kulturleben zu verschaffen. Dazu zählen die Canetti-Stipendien, die Autorenstipendien sowie die Reihe Wien-Modern mit Auftragskompositionen.

Es sei auch gelungen, die Internationalisierung der Wiener Kulturszene voranzutreiben. Wie wichtig Kultur für die Stadt geworden sei, zeige das Kulturbudget. Gegenüber dem Vorjahr konnte eine Steigerung von 29,8 Prozent, das sind 297 Millionen mehr, auf insgesamt 1,294 Milliarden Schilling erzielt werden.

Mit der neuen Entwicklung im Osten Europas wird auch Wien und seine Kultur herausgefordert. Auch die EXPO 95 verlange konkrete Aktionen, damit Wien seine Konkurrenzfähigkeit und seine Funktion als Drehscheibe zwischen Ost und West behaupten kann.

Im kommenden Jahr werde es eine Vielzahl kultureller Aktivitäten geben; bei der Viennale soll mit einem Neuanfang eine Signalwirkung für Wien als künftige Filmstadt gesetzt werden. Das Schwerpunktthema der Wiener Vorlesungen gilt im nächsten Jahr der „Politik im Umbruch“. Eine große Ausstellung zum Thema „125 Jahre Wiener Ringstraße“ in der Volkshalle wird vorbereitet. In der Albertina und im Historischen Museum ist eine zweiteilige Ausstellung Adolf Loos gewidmet. Das Historische Museum und die Prager Nationalgalerie organisieren die Ausstellung „Prag um 1400 — der schöne Stil der Gotik“. Als Sommerattraktion werden Werke von Egon Schiele aus amerikanischem Besitz gezeigt. Die Hauptausstellung der Wiener Festwochen 1990 zum Thema „Kunst und Natur“ wird von Peter Weiermair für den Messepalast zusammengestellt.

### **Bildung, Jugend, Familie und Soziales**

Das Sozialbudget, sagte GR Karin LANDAUER (FPÖ), sei erfreulicherweise um 16,3 Prozent auf 4,7 Milliarden Schilling aufgestockt worden. 31,8 Millionen davon seien für sozialtherapeutische Maßnahmen für Nichtseßhafte vorgesehen. Vorrangiges Problem dieser Randgruppe seien die Arbeitslosigkeit und die triste Situation für Langzeitarbeitslose, die durch die Arbeitsämter nicht behoben werden könne. Landauer forderte, die Monopolstellung der Arbeitsämter abzuschaffen und private Stellenvermittlungen miteinzubeziehen. Im Sozialbereich sei Risikovorbeugung noch wichtiger als Risikobegrenzung, weshalb die FPÖ für ein Landesfamilienförderungsgesetz eintrete. Man könne, meinte Landauer, menschliches Glück nicht erzwingen, müsse aber gezielte Verbesserungen von Rahmenbedingungen und spürbare Entlastungen für die Familien veranlassen. Weiters forderte Landauer mehr Teilzeitarbeitsplätze und flexiblere Öffnungszeiten der Kindergärten.

GR Dr. SALCHER (ÖVP) kritisierte die Konstellation des Jugendinformationszentrums einschließlich seiner budgetären Ausstattung und seines, wie er sagte, überdimensionierten Aufgabenumfanges. Daraus habe sich eine deutliche Erhöhung des Finanzierungsbedarfs und des Personalstandes ergeben. Nach den Jugendzentren sei dies nun das nächste Finanz-

Forts. auf Blatt 2659

Forts. von Blatt 2658

debakel, wofür Vizebürgermeisterin Smejkal die volle Verantwortung zu tragen habe. Es müsse die Frage nach der Sinnhaftigkeit solcher Einrichtungen gestellt werden, wenn man sich beispielsweise vor Augen halte, daß sogar die kostenlosen Jungbürgerveranstaltungen nur von der Hälfte des Zielpublikums besucht würden. Es müsse einem zu denken geben, daß junge Menschen offenbar eine Abneigung gegenüber Institutionen dieser Stadt haben und sich nicht mit dem „undurchsichtigen Bürokratiedschungel“ auseinandersetzen wollen, den zu lichten das Jugendinformationszentrum nicht geeignet ist. Für sinnvoller hält Dr. Salcher die Schaffung eines Jugendombudsmannes mit Anfrage- und Antragsrecht. Zu kritisieren sei auch die ungleiche Behandlung etwa zwischen öffentlicher „Lernstatt“ und privater „Baustatt“, zwei Projekten, die sich um die Integration Jugendlicher bemühen, wobei jedoch die Lernstatt mit drei Millionen zehnmal so hoch dotiert sei wie die private Baustatt. Darüber hinaus setzte sich Dr. Salcher mit der finanziellen Ausstattung und Ankaufspolitik der städtischen Büchereien auseinander und zog den Vergleich mit Hamburg und München, die beide deutlich höhere Ansätze bei Budget, Buchausstattung und Mitarbeiterstand vorzuweisen hätten. Werde die Notwendigkeit einer Aufstockung urgiert, antworte das zuständige Ressort jedoch stets mit dem Argument, daß die Mittel für notwendige Aufwendungen im sozialen Bereich benötigt würden.

GR Gerda JERABEK (SPÖ) verwies zunächst darauf, daß die von GR Dr. Salcher angegebene Summe für die Jugendinfostelle in zwei Jahren aufgebraucht wurde. Salchers Aussage, man habe fünf Millionen in einem Jahr verbraucht, stimme daher nicht.

Anschließend verwies Jerabek auf die Leistungen der Stadt Wien im Bildungs- und Schulbereich. In 358 öffentlichen Pflichtschulen wurden im vergangenen Schuljahr 71.725 Schüler verzeichnet. Durch die leicht gesunkene Schülerzahl konnten die Durchschnittszahl von Schülern pro Klasse gesenkt werden und Nebenräume für Schulversuche und andere Aktivitäten freigemacht werden. Ab September 1990 wird Informatik Pflichtgegenstand, bis dahin wird jede Schule acht Computerarbeitsplätze besitzen. Bis zum kommenden Schuljahr werden 1.500 Lehrer dafür ausgebildet.

Die Gemeinderätin wies auf die Erfolge bei den Schulversuchen hin, die in das Regelschulwesen übertragen werden sollen und die Chancengleichheit wieder ein Stück näher gebracht haben. Weiters berichtete Jerabek über die Berufsausbildung in den Wiener Berufsschulen, verwies auf die Notwendigkeit der Erweiterung der Schulzeit und forderte mehr Allgemeinbildung sowie Englisch und Turnen als Pflichtfächer.

GR GINTERSDORFER (FPÖ) sagte, daß die in einer IFES-Studie festgestellte beachtliche Zunahme der Lesefertigkeit und Leselust beim Budget keine Entsprechung finde. Das Buchankaufsbudget wurde bereits im Budget 1988 drastisch gekürzt, das Budget 1990 sei ein absoluter Tiefpunkt. Für die Kürzungen der Vergangenheit wurde kein Ausgleich geschaffen und auch die Inflation nicht berücksichtigt.

Das Budget sei für die großen volksbildnerischen Aufgaben unzureichend. Wien führe zwar große Museumsdebatten, in denen es um hunderte Millionen Schilling gehe, eine Büchereidebatte vermisste er aber. Weiters regte er an, den Budgetansatz Büchereien wieder in das Kulturbudget zu transferieren, damit es keinen Konflikt mit dem Sozialbereich gebe.

Es sei erfreulich, daß die Novelle zur Kindertagesheimverordnung am 1.1.1991 in Kraft treten wird, sagte GR Mag. Eva PETRIK (ÖVP). Als besonders positiv wertete sie, daß es gelungen sei, einen Passus über die Gruppenkinderhöchstzahl mit 25, höchstens 28, einzubauen. Sie sprach die Hoffnung aus, daß bei verschiedenen Kindergruppen in der verbleibenden Zeit noch eine Reduzierung der Höchstzahl ermöglicht wird.

Grundsätzlich haben sich die Wünsche der Eltern in den vergangenen Jahren geändert: Mehr und mehr wird auch pädagogische Betreuung gefordert, die weit über den ursprünglichen Kindergarten hinausgeht. In den

Forts. auf Blatt 2560

Kindern dürfe man nicht nur künftige Konsumenten, Wähler, Steuerzahler, Hoffnungsträger oder Objekte zur Selbstverwirklichung von Vätern und Müttern sehen, sondern vor allem junge Menschen mit konkreten Wünschen und Bedürfnissen. Für sie müsse noch mehr getan werden. Jede Familie und jedes Kind sind individuell, sagte Petrik, und daher müsse auch jede Hilfe individuell sein.

GR Erika STUBENVOLL (SPÖ) betonte, daß es in Wien sehr wohl Modelle zur Obdachlosenbetreuung gebe. Die Privatisierung der Arbeitsämter sei abzulehnen, da sie Geschäftemacherei nach sich ziehen würde. Die Flexibilisierung der Öffnungszeiten der Kindergärten könnte dazu führen, die Kinder durch zu lange Aufenthalte im Kindergarten zu überfordern.

Stubenvoll betonte die Familienfreundlichkeit der Politik der SPÖ in Wien und wies auf das reiche Angebot kommunaler Einrichtungen für Familien hin. Daß Wien für weitere Herausforderungen im Bereich Soziales und Familie gerüstet sei, zeige der Anstieg des Sozialbudgets um 16 Prozent. Schon jetzt habe Wien eine führende Stellung in Österreich bei der Versorgung mit Kindergärten und Krippen, auch für das kommende Jahr seien neue Kindertagesheime geplant. Die soziale Tarifgestaltung der Kindergärten sei ebenfalls vorbildlich. Die Rednerin verwies auch darauf, daß die Familienbeihilfe in Österreich über dem europäischen Schnitt liege und nannte Familienberatung, Kinderanwalt und Notruf als wesentliche Einrichtungen der Wiener Familienpolitik. Generell forderte sie die Schaffung einer kinder- und familienfreundlichen Atmosphäre und die Solidarität der sozial Stärkeren mit den Schwächeren, um auch diesen einen entsprechenden Platz in der Gesellschaft zu sichern.

Vbgm. Ingrid SMEJKAL (SPÖ) wies darauf hin, daß der Kinder- und Jugendanwalt als Ergänzung zur Einrichtung des Kindernotrufes eingerichtet wurde und sich bewährt habe. Das „Finanzdebakel“, von dem im Zusammenhang mit den Jugendzentren gesprochen worden war, sei keines gewesen, da sich die ursprünglichen Voraussetzungen geändert haben und der eingeschlagene Weg korrigiert werden mußte. Daher war auch die Finanzierung neu zu konzipieren. Zur Kritik am „Charme einer Bahnhofshalle“ bei der Jugendinformation meinte Smejkal, entscheidend sei, daß die Einrichtung von den Jugendlichen angenommen werde. Auch habe sich die Richtigkeit einer zentralen Stelle erwiesen. Sie sei froh, daß das Sozialbudget in eindrucksvoller Weise angehoben werden konnte. Im Zusammenhang mit dem Budget der städtischen Büchereien stellte die Vizebürgermeisterin fest, daß es 1987 tatsächlich einen Einbruch gegeben habe und die Ankäufe gekürzt werden mußten, während die Steigerungen 1988 und 1989 in der Gegend um 7,5 Prozent betragen, und heuer auch der Ankauf eines Bücherbusses dazukomme. Die Zahl der Bücher allein sei kein Indikator für das Funktionieren der Bildungspolitik: Die Ausleihzahlen sind deutlich angestiegen. Dies sei nicht auf die Zahl der Bücher, sondern auf die Auswahl bei den Ankäufen zurückzuführen. Sie sei froh, sagte Smejkal, daß sich die FPÖ nun Sorgen um die Eingliederung von Randgruppen, Obdachlosen, in den Arbeitsprozeß mache. Das sei ein Fortschritt gegenüber der seinerzeitigen Haltung bei der Gänsbachergasse. Hinsichtlich der Jungbürgerveranstaltungen sprach Smejkal die Einladung zur Zusammenarbeit für ein zukunftsweisendes Modell aus, durch das Jugendliche animiert werden sollen, mindestens einmal eine Veranstaltung der Stadt Wien zu besuchen. Es sei für sie außergewöhnlich, fügte Vbgm. Smejkal hinzu, daß Sozialthemen nunmehr auch schon im Rahmen der Generaldebatte und der Wirtschaftsdebatte abgehandelt wurden. Sie sehe darin eine positive Tendenz in der Meinungsbildung innerhalb des Gemeinderates.

Die Gemeinderatssitzung wurde um 19.05 Uhr unterbrochen und wird Donnerstag fortgesetzt. (Schluß) red